



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus  
Niederkirchnerstraße 5 · 10111 Berlin

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Landeselternausschuss Schule Berlin  
c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und  
Wissenschaft  
Bernhard-Weiß-Straße 6  
10178 Berlin

**Stefanie Remlinger, MdB**  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Bildung, Berufliche Bildung  
und Haushaltspolitik

Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin  
T +49 (0)30 2325 2473  
F +49 (0)30 2325 2409

[stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de)  
[www.stefanie-remlinger.de](http://www.stefanie-remlinger.de)  
[www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

**Antwort:  
Fragen des Landeselternausschusses zur  
Beschleunigung von Schulneubau und Schulsanierung**

Berlin, 11. Mai 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer wichtigen und vollkommen richtigen Fragen! Als zuständige Fachpolitikerin antworte ich Ihnen auch für die Fraktionsvorsitzenden Ramona Pop und Antje Kapek, die wie die gesamte Fraktion unser Konzept unterstützen. Bitte entschuldigen Sie meine u.a. krankheitsbedingt leider verspätete Beantwortung. Als Fachpolitikerin setze ich mich schon seit langem dafür ein, dass angesichts der Problematik rund um die Schulgebäude und den drohende Schulplatzmangel endlich tiefgreifende Reformen des bisherigen Systems vorgenommen werden. Deshalb freue ich mich, dass sich der LEA diesem Thema so intensiv widmet.

Tatsächlich beschäftige ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion, verschiedenen FachexpertInnen und VertreterInnen der Bezirke schon seit vielen Monaten mit der Frage, wie die Verwaltung von Neubau und Sanierung der Schulgebäude zukünftig anders gestaltet werden kann. Ein wichtiges Vorbild stellt für uns dabei das Hamburger Modell dar. In intensiver Zusammenarbeit haben wir schließlich für Berlin ein Konzept entwickelt, das die Gründung von drei *Schul- und Bezirke Immobilien Management GmbHs (SuBIM)* vorsieht, die jeweils für vier Bezirke zuständig sind. Dabei war es uns wichtig, dass die Bezirke ihre bisherige Steuerungsmacht behalten und auch Eigentümer der Immobilien bleiben. Ausgelagert wird lediglich die Verwaltung und Planung von Sanierung, Bau und Instandhaltung sowie die Verteilung der vorhandenen Mittel. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Schaffung von geschlossenen Mittelkreisläufen, die sich aus verschiedenen Quellen speisen können und eine Zweckentfremdung ebenso ausschließen wie ein Abfließen an

andere Bezirke. Auch wenn jeweils ein SuBIM für mehrere Bezirke zuständig ist, werden sie getrennt verwaltet bzw. abgerechnet. Gleichzeitig werden jedoch gemeinsame Projekte von Bezirken z.B. an Bezirksgrenzen besser umsetzbar. Eine ausführlichere Fassung des Konzepts finden Sie auch noch mal im Anhang.

**Fragenkatalog:**

**1. Unterstützt Ihre Fraktion die Einführung der geplanten und kurz skizzierten Modellprojekte, die nach Auffassung von Senatorin Scheeres noch in dieser Legislaturperiode starten können?**

*Ein genaues Konzept zu der Ankündigung kennen wir noch nicht. Grundsätzlich sind wir froh, dass die Senatorin die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich mit der Verkürzung der Planungszeiten auseinandersetzt. Wir werden unterstützen, was in die richtige Richtung geht, die grundsätzlichen Probleme zu lösen – nicht aber bloße Schaufensterprojekte.*

**2. Falls nein: Welche Konzepte/Ideen gibt es in Ihrer Fraktion, die eine zeitliche Beschleunigung von Schulneubau und -sanierung beinhalten, die noch in diesem Jahr starten kann und mehrheitsfähig ist?**

Das Problem beim derzeitigen System der Finanzierung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich liegt nicht nur an einer unzureichenden Mittel- und Personalausstattung. Vielmehr besteht ein Organisationsproblem: unzählige und kostensteigernde Sonderprogramme, unklare Verantwortlichkeiten und extrem lange Planungsvorläufe haben zur Folge, dass das Geld nicht dort landet, wo es dringend gebraucht wird. Hinzu kommt die mangelhafte Schulentwicklungsplanung des Senats.

Wir halten daher eine Umstrukturierung für die sinnvollste Maßnahme: in Anlehnung an das System der BIM, die die Verwaltungsgebäude auf Landesebene verwaltet, sollen drei Schul- und Bezirke Immobilien GmbHs (SuBIMs) gegründet werden, auf Bildungseinrichtungen spezialisiert. Die Zuständigkeit für das laufende Geschäft rund um Bau, Sanierung und Instandhaltung der Gebäude wird an das zuständige SuBIM abgegeben, der Bezirk bleibt jedoch Eigentümer der Immobilien und behält die Steuerungsmacht. Dies wird u.a. durch regelmäßige Berichte und die Teilnahme von BezirksvertreterInnen im Aufsichtsrat der SuBIM gewährleistet.

In den SuBIMs werden die bezirklichen Mitteln sowie die bisherigen Sonderprogramme gebündelt. So können auch die Baumaßnahmen gebündelt werden und Schulen werden in überschaubaren Zeiträumen durchsaniiert statt dass

über Jahre hinweg immer mal ein Dach, eine Toilette oder die Fenster saniert werden. Dadurch sparen wir Bürokratie, Zeit und Geld – Geld, das in den SuBIMs verbleiben und für die nächsten, anstehenden Schulbaumaßnahmen verwendet werden kann.

Auf diese Weise soll ein transparentes und effizientes Facility Management entstehen, das nicht zuletzt die Möglichkeit eröffnet, den derzeit bei rund 2 Mrd. Euro liegenden Sanierungsstau an den Schulen deutlich früher abzubauen als vom Senat vorgesehen.

**3. Wie steht Ihre Fraktion dazu, die Mittel für Schulneubau und -sanierung nur noch zweckgebunden (für Schule) in die Bezirke zu geben?**

Durch unser Modell der SuBIMs entstehen geschlossene Wirtschaftskreisläufe außerhalb der Kosten- und Leistungsrechnung, die Zweckentfremdung ausschließen. Dies ist dringend notwendig. Derzeit gehen jedes Jahr ca. 30-40 Millionen Euro, die den Bezirken für Schulbaumaßnahmen zugewiesen sind, für andere Zwecke bzw. durch Ineffizienzen verloren. Zum Teil wird dadurch lediglich die Unterfinanzierung anderer bezirklicher Zuständigkeiten verschleiert. Wir schaffen hier Transparenz durch klare Trennung der Bereiche.

**4. Wie steht Ihre Fraktion dazu, die unzähligen Sonderprogramme für Schulneubau und -sanierung in einer Summe zusammenzufassen und auch die zeitliche Limitierung und die Jährlichkeit (mit Ausnahme von Programmen z. B. aus Bundes- oder EU-Mitteln) aufzuheben?**

Schon lange haben wir die Abschaffung der Sonderprogramme vergeblich gefordert. Sie ist dringend notwendig. Unser neues Gesamtkonzept für das Schulgebäudemanagement mithilfe der SuBIMs bietet neben der Mittelbündelung auch den Vorteil, der Jährlichkeit zu entkommen, die für den Baubereich sachfremd ist.

**5. Wie sehen Sie die Notwendigkeit für eine Erhöhung der Mittel für Schulneubau und für Schulsanierungsmaßnahmen? Wie steht ihre Fraktion dazu, Mittel für die oben skizzierten Schulbaumaßnahmen (Neubau der erforderlichen Räume für 20.000 Schulplätze und Behebung dringlicher Mängel an Bestandsgebäuden) kurzfristig und ausreichend zur Verfügung zu stellen?**

Die Mittel müssen insgesamt deutlich erhöht werden. Zukünftig muss außerdem zwischen den Kostenarten genauer unterschieden werden. Die Mittel, die der Senat

den Bezirken (inklusive Sonderprogramme) insgesamt zuweist, erreichen – nach langem Kampf! – mittlerweile den KGSt-Richtwert von 1,2% des Gebäudewerts und wären damit für die reine Instandhaltung ausreichend. Nicht aber für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen – Stichwort Inklusion, energetische Sanierung u.a. Die dafür zusätzlich notwendigen Mittel wollen wir noch einmal neu berechnen, sobald der Sanierungstau verlässlich erhoben ist. Bisher gingen wir von einem notwendigen Satz von 2,5% des Gebäudewerts aus, um innerhalb von zehn Jahren alle Berliner Schulen sanieren zu können.

Separat zu betrachten ist der Bereich der An-, Aus- und Neubauten. Für diesen Kernbereich der Investitionen halten wir zusätzliche Investitionen von 1-1,5 Milliarden Euro bis 2025 für notwendig und haben diese in unserer Haushaltsplanung als echtes Schulneubauprogramm veranschlagt. Soll heißen: wir wollen gute Schulen bauen statt einfach nur MEBs zu errichten.

**6. Ist Ihre Fraktion der Auffassung, dass die Notwendigkeit besteht, eine „Task Force Schulneubau“ und eine „Task Force Sanierung“ einzurichten? Wo sehen Sie die Federführung für diese Aufgabe? Welches Konzept schlagen Sie dafür vor?**

Die Gründung einer Task Force Schulneubau unter Einbeziehung aller Beteiligten halten wir für dringend notwendig, schon allein als Ausdruck des entschiedenen, gemeinsamen politischen Willens, die Herausforderungen entschieden anzugehen. Es wäre in Zeiten der schnell wachsenden Bevölkerungszahlen eine veritable Aufgabe für den Regierenden Bürgermeister (alternativ: Finanzsenator), die Bezirke mit den Bildungs-, Finanz- und StadtentwicklungssenatorInnen an einen Tisch zu holen und zu klären, was alles notwendig ist. Dazu gehört nicht nur mehr Geld - Schulneubau muss planerisch im Zentrum der neuen Quartiersentwicklungen stehen. Standortfragen müssen schleunigst geklärt werden. Ggf. müssen Grundstücke neu angekauft werden. Die Bildungssenatorin muss zur Vorkämpferin für Schulqualität werden und fachliche Standards definieren. Zu all dem brauchen wir einen neuen Geist der Kooperation zwischen dem Land und den Bezirken. Die Task Force kann überdies die notwendigen strukturellen Reformen, wie wir sie wollen, einleiten und Anreize für Starterbezirke setzen.

Die Aufgabe der Sanierung der bestehenden Schulstandorte darf dabei nicht in den Hintergrund rücken. In der Tat sehen wir auch in unserem Konzept der SuBIMs vor, dass die Bereiche Neubau und Sanierung sowie Instandhaltung und Betrieb in unterschiedlichen Fachabteilungen bearbeitet werden.

**7. Unterstützen Sie die Forderung des Landeselternausschusses, dass bei Baumaßnahmen die Nutzer von Schule, also z. B. Schulleitung, Pädagog\_innen, Schüler\_innen und Eltern, am Planungsprozess frühzeitig beteiligt werden und der Bedarf auf Grundlage des Schulkonzeptes Berücksichtigung findet?**

Die frühe und dauerhafte Beteiligung aller NutzerInnen ist für uns ein hohes Gut und nicht zuletzt Garant für Qualität. Die Beschleunigung, Konzentration und Transparenz der Prozesse ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Beteiligungsprozesse über (mindestens) zehn Jahre hinweg funktionieren nicht, sondern zermürben einfach nur. Und wenn nicht klar ist, was wann von wem verantwortet und gebaut wird, sind Beteiligungsprozesse ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Das wollen wir mit unserem Konzept ändern, durch klare Verantwortung, transparente und verlässliche Planung sowie ein übersichtliches Berichtswesen.

**8. Wie steht Ihre Fraktion dazu die Bezirksämter mit ausreichend Fachpersonal auszustatten und dafür im Bedarfsfall die Gehälter auf Bezirks- und Landesebene anzugleichen, um Konkurrenz und Abwerbung zukünftig zu vermeiden? (Hintergrund: Die Senatsverwaltungen bezahlen besser/gruppieren höher und werben damit Personal aus den Bezirken ab.)**

Wir teilen das Ziel einer ausreichenden Ausstattung mit Fachpersonal. Ich habe auch viel Sympathie dafür, das Bezirkspersonal genauso gut zu bezahlen wie das des Landes. Aber viel einfacher und schneller ließen sich Einstellungs- und Bezahlungsfragen in der von uns vorgeschlagenen neuen SuBIM-Struktur lösen. Der Weg über die Veränderung des Tarif- und Besoldungsrechts für (einzelne Teile) des Bezirkspersonals halten wir für im besten Fall schwierig und langwierig, sofern überhaupt machbar, weil alle anderen Bereiche der öffentlichen Verwaltung mit berührt wären.

**9. Wie steht Ihre Fraktion dazu im Bedarfsfall Zulagen für die Gehälter des Fachpersonals zu ermöglichen (oder Anerkennung der Berufserfahrung außerhalb der Behörde durch eine höhere Stufe), um alle erforderlichen Stellen besetzen zu können? (Hintergrund: Die freie Wirtschaft zahlt besser, daher bleiben Stellen in den Bezirksämtern unbesetzt oder freie Stellen werden nicht immer unbedingt mit den „Besten“ besetzt.)**

Erfahrungen aus Bereichen wie dem Öffentlichen Gesundheitsdienst oder auch der Justiz haben gezeigt, dass die Spielräume des Tarif- und Besoldungsrechts für

höhere Einstufungen, Zulagen u.ä. sehr eng sind. Zulagen bzw. höhere Gehälter wären in unseren SuBIMS dagegen problemlos möglich. Erfahrungen aus Hamburg zeigen darüber hinaus, dass die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten steigen kann, wo die Strukturen sinnvolles, effizientes und bürgernahes Arbeiten erlauben. Ja: Schulen zu bauen kann eine schöne, befriedigende Aufgabe sein!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, reading 'Stefanie Remlinger'.

Stefanie Remlinger, MdA